



Erfolgstrio Erni, Gantner, Wietlisbach (von links.). Bild: Vorlagen: Gerry Nitsch/13PHOTO, Annick Ramp/NZZ, Gian Marco Castelberg/13PHOTO

Stunde der Patrioten

Die Zuger Selfmade-Unternehmer Marcel Erni, Alfred Gantner und Urs Wietlisbach wehren sich für die Schweizer Volksrechte und bieten Bern und Brüssel die Stirn.

Von Marcel Odermatt, Weltwoche, 2.10.2024

So sehen Überzeugungstäter aus: Am Montagnachmittag präsentierten Persönlichkeiten aus der Wirtschaft – die Finanzunternehmer Marcel Erni, Alfred Gantner und Urs Wietlisbach von der Partners Group, der Ökonom und Verleger Kurt Aeschbacher, der Elektrounternehmer Heinrich Fischer, die Software-Unternehmerin Myriam Locher und der Verwaltungsratspräsident der Burkhälter Gruppe Gaudenz Domenig – das Volksbegehren «Für eine direktdemokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – kein passiver EU-Beitritt (Kompass-Initiative)».

Die Initiative will ein institutionelles Abkommen und ein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union verhindern und deshalb das obligatorische Referendum bei völkerrechtlichen Verträgen einführen. Am Dienstagabend fanden mit Gantner und Aeschbacher in Zürich, mit Wietlisbach und Domenig in Chur und mit Erni in Lausanne bereits erste Veranstaltungen der Initianten statt. Zahlreiche weitere Auftritte im ganzen Land werden in den nächsten Wochen folgen. Bereits gab es eine erste Überraschung: Am Anlass in Zürich nahm auch Breitling-CEO Georges Kern teil und bezeichnete das Rahmenabkommen für die Uhrenbranche als unnötig. Zuvor war er Mitglied und Gönner der Grünliberalen, die mehr als jede andere Partei eine Annäherung an Brüssel befürwortet.

«Es geht ois as Läbige»

Das Engagement dieser Persönlichkeiten aus der Wirtschaft stellt eine Zäsur dar. Erstmals treten Unternehmer, die keiner Partei angehören und sich bisher nicht politisch engagiert haben, an die Öffentlichkeit und lancieren mit einer eigenen Volksinitiative eine Debatte über die Zukunft des Landes. Dafür sind sie bereit, viel Zeit, Geld und Einsatz zu investieren.

Die schrillen Reaktionen ihrer Gegner zeugen von grosser Verunsicherung. SP-Nationalrat Fabian Molina spricht auf X von «reichen Nationalisten», die «diese Unterschriften kaufen werden», GLP-Präsident Jürg Grossen von einer «unnötigen Abschottungsinitiative» und Ex-CVP-Nationalrätin Kathy Riklin spottet über einen «peinlichen Aufmarsch reicher Banker».

«Wir sind sicher keine SVP, die zu allem nein sagt», hält Wietlisbach fest.

Die Vorwürfe lassen die Initianten kalt. Wer mit ihnen spricht, spürt schnell, wie ernst es ihnen ist. Zum einen treibt sie echte Sorge um die Zukunft des Landes. Urs Wietlisbach: «Die direkte Demokratie macht uns stark. Mit dem Rahmenvertrag gehts ois as Läbige. Er stellt die Souveränität der Schweiz in Frage und führt zu einer Fremdbestimmung unserer Gesetzgebung.» Dies gelte es unbedingt zu verhindern.

Auf der anderen Seite setzten sie sich intensiv mit dem Thema auseinander. Wie aus der Pistole geschossen zählen sie die Fakten auf, die gegen eine Anbindung der Schweiz an die Europäische Union sprechen. Zunächst das massive Lohngefälle – in der Schweiz liegen die Löhne 40 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Dann die vergleichsweise tiefe Staatsverschuldung – 39 Prozent gegenüber 100 Prozent. Der soziale Frieden und die bewährte Sozialpartnerschaft. Oder die geringere Regulierungsdichte: «Die EU ist viermal jünger als die Schweiz, hat aber viermal mehr Gesetze; letztes Jahr wurden in der EU 322 neue Gesetze verabschiedet, mehr als eines pro Arbeitstag», sagt Wietlisbach.

Interessant ist, dass sich Kompass Europa von der SVP abgrenzt. Im Initiativkomitee sitzt einzig die Thurgauer Nationalrätin Diana Gutjahr. «Wir sind sicher keine SVP, die zu allem nein sagt», hält Wietlisbach fest. Man lege Wert auf gute Beziehungen zur EU. So stehe man auch zu den bestehenden bilateralen Verträgen. Es ist auch nicht vorgesehen, dass die Rechtspartei bei der Unterschriftensammlung hilft.

Die Rechnung ist einfach: Kommt es eines Tages zur Volksabstimmung, kann die SVP zwischen 30 und 40 Prozent Stimmbürger gegen das Rahmenabkommen mobilisieren. Den Unternehmern kommt jetzt die Aufgabe zu, die fehlenden Anteile für eine Ablehnung an die Urne zu bringen. Eine anspruchsvolle, aber sicher keine unmögliche Aufgabe, angesichts der Entwicklung in der Schweiz und in Europa. Die Skepsis wächst und EU-kritische Stimmen finden mehr Gehör als in der Vergangenheit. Diese Entwicklung spielt den Initianten in die Hände.

Mozart und Prokofjew

Trotzdem haben sich alle das Engagement gut überlegt. Es war ein langer Prozess, der dazu führte, dass diese Leute jetzt hinstehen und sich öffentlich positionieren.

Dabei spielten persönliche Beziehungen und Gespräche eine wichtige Rolle, wie etwa bei Kurt Aeschbacher. Der TV-Moderator lud Alfred Gantner vor Jahren in seine Sendung «Aeschbacher» ein, die bis Ende 2018 ausgestrahlt wurde. «Er ist sehr erfolgreich, kommt aus einfachen Verhältnissen und ist mormonisch glaubend. Das hat mich interessiert.»

Das Engagement dieser Persönlichkeiten aus der Wirtschaft stellt eine Zäsur dar.

Nach der Sendung blieben die beiden in Kontakt. Die Gespräche drehten sich auch, aber nicht nur um Politik. Die Begeisterung für klassische Musik – Wolfgang Amadeus Mozart bei den Salzburger Festspielen oder die Werke des Komponisten Sergej Prokofjew – verband die beiden ebenso wie die gemeinsame Liebe zu Gärten. Wobei Aeschbacher schmunzelnd anmerkt, dass seine Grünfläche vergleichsweise bescheiden sei. Tatsächlich hat sich Gantner auf einem riesigen Grundstück am Vierwaldstättersee in Meggen einen Park angelegt, den der gebürtige Berner Aeschbacher aus dem Quartier Breitenrain immer wieder gerne besucht und bewundert.

Bei den vielen Gesprächen ging es aber nicht nur um Kultur und Pflanzen, sondern eben auch um Politik und insbesondere um das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union. «Obwohl ich nie einer Partei angehörte und immer unabhängig war, reifte in mir der Entschluss, dass die Sache so wichtig ist, dass ich nicht abseitsstehen kann», erklärt Aeschbacher. Dabei hat er es sich nicht leicht gemacht. 1992 gehörte der Talkmaster zu den Befürwortern eines Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), wie fast die ganze Elite von Politik, Wirtschaft und Kultur.

Durch diverse Verträge hat sich die Eidgenossenschaft in den letzten drei Jahrzehnten zwar eng mit der EU abgestimmt, doch die Abkommen sind bilaterale Abkommen. Das heisst, es sind Vereinbarungen zweier gleichberechtigter Partner. Seit einiger Zeit will der Staatenbund diesen Zustand ändern und die Schweiz institutionell einbinden. Was bedeuten würde, dass Brüssel Bern seine Gesetze aufzwingen kann, ohne dass die Bevölkerung darüber frei mitbestimmen kann. Eine Aushöhlung der Volksrechte ist für Aeschbacher wie für seine Mitstreiter aber der falsche Weg: «Mit meinem Engagement möchte ich mithelfen, das einzigartige, erfolgreiche, direktdemokratische Konzept unseres Landes zu erhalten.»

Dazu macht die Fernsehlegende ein konkretes Beispiel. Er besitzt ein Haus in der französischen Provence. «Mir fällt immer wieder auf, dass in Frankreich alle wichtigen Entscheidungen in Paris getroffen werden. Das macht die Menschen unzufrieden und ein Stück weit ohnmächtig», sagt er. Ein dezentrales Regierungskonzept mit direktdemokratischen Rechten des Volkes auf allen drei politischen Ebenen sei die Basis für den Erfolg der Schweiz. Daran dürfe nicht gerüttelt werden.

Was ihn besonders stört, ist die Überzeugung vieler Meinungsmacher in Politik, Wirtschaft und Medien, dass ein ausgewählter Kreis von Menschen bessere Entscheidungen trifft als die Mehrheit der Bevölkerung. «Unser Staatsverständnis basiert auf Vertrauen. Vertrauen darauf, dass nicht nur eine oft abgehobene und realitätsferne Kaste von Politikern und Beamten komplexe Entscheidungen treffen kann, sondern dass auch die Summe des Wissens der Bürgerinnen und Bürger in

der Lage ist, mit einer demokratisch zustande gekommenen Mehrheitsentscheidung den gewünschten, den für die Betroffenen, nämlich das Volk, richtigen Weg zu wählen.»

Dieser Glaube an die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger und ihre Fähigkeit, politische Kompromisse und damit gesellschaftlich tragfähige Lösungen zu finden, sei Teil des schweizerischen Politikverständnisses, sagt Aeschbacher. «Diese Kombination von Vertrauen in die Intelligenz der Bürgerinnen und Bürger, in die Institutionen und in die klar geregelten, dezentralen Entscheidungsträger – Bund, Kantone, Gemeinden – ist weltweit einzigartig.» Mit ganz wenigen Ausnahmen hat Aeschbacher nie eine Abstimmung verpasst. «Ich habe nie verstanden, warum der Staat besser entscheiden soll als das Volk. Das Volk soll selber entscheiden, wie es leben will.»

Diese Errungenschaften und Charakteristika des schweizerischen Staatswesens sieht der Ökonom durch das Rahmenabkommen gefährdet. «Die dynamische Rechtsübernahme zwingt uns, Gesetze zu übernehmen, die kaum unserer politischen und wirtschaftlichen DNA entsprechen.» Die vorgesehene Rolle des Europäischen Gerichtshofs – der eindeutig die Interessen der EU zu vertreten habe – schränke den Handlungsspielraum massiv ein und es bestehe die Gefahr, dass die Schweiz mit drakonischen Strafen überzogen werde, wenn das Land die EU-Regeln nicht brav übernehme.

Was ist mit USA und China?

Man merkt, dass es der TV-Unterhalter gewohnt ist, komplexe Zusammenhänge so darzustellen, dass jeder sie versteht. Er zieht einen Vergleich, der ebenso einleuchtend ist, wie nachdenklich stimmt und den geplanten Rahmenvertrag mit Brüssel zur Kenntlichkeit entstellt. «Wer sagt uns denn, dass nach den Verhandlungen mit der EU nicht auch eine dynamische Rechtsübernahme aus den USA oder gar China opportun wäre?» Es stelle sich die Frage, warum der Bund im Gegenzug für gewisse Marktzugangsvorteile nicht einfach die Rechtsübernahme aus anderen wichtigen Märkten erkläre. Tatsächlich: Die USA haben Deutschland überholt und sind mittlerweile der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Trotzdem käme niemand auf die Idee, gegenüber Washington solche Konzessionen einzugehen, wie es mit Brüssel geplant ist.

Marcel Erni, Alfred Gantner, Urs Wietlisbach, Kurt Aeschbacher – sie und weitere Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Kultur sind bereit, alles dafür zu geben, damit die Schweiz kein Passivmitglied der EU wird. In den nächsten Wochen und Monaten ist es durchaus möglich, sie auf Veranstaltungen oder auf der Strasse anzutreffen beim Sammeln von Unterschriften für die Kompass-Initiative. Überzeugungstäter eben.

<https://weltwoche.ch/story/stunde-der-patrioten/>